

NEUES AUS DEN POLNISCHEN NACHBARREGIONEN



Oderlandschaft mit Hochwasserschutz. CC BY-SA A.Fiedler

+++ Corona-Pandemie in Polen – Update +++ Odervertiefung hat begonnen +++ Erzbischof von Breslau mit Stasivergangenheit +++ Gemeinde kann dendrologischen Garten nicht halten +++ Quistorp-Grab entdeckt +++ Immer mehr Fahrradtouristen in Westpommern ++ + Verwirrung über den Ausbau der Bahnverbindung Berlin-Stettin +++ Polnische Wirtschaft erholt sich nach dem Lockdown +++ Breslau richtet sich auf den Empfang der amerikanischen Soldaten ein +++ Stettin will der von Nazis ermordeten Juden gedenken + ++ Breslau und Warschau zu Smart Cities gekürt +++ Polen führt Plastiksteuer ein +++ Tourismusbranche leidet unter Corona-Krise +++

GESUNDHEIT

Corona-Pandemie in Polen – Update

In der zweiten Ferienshälfte sind in Polen die Covid-19-Fälle wieder stark angestiegen. Mit 500–800 neuen Infektionen pro Tag liegt Polen dabei auf einem der höchsten Plätze in Europa. Etwa 100.000 Menschen müssen derzeit in Polen unter häuslicher Quarantäne leben. 1800 Menschen sind bislang an der Krankheit verstorben. Ab Samstag, 08.08.2020 gelten in mehreren Landkreisen Polens wieder verstärkte Eindämmungsmaßnahmen. Neun Landkreise gelten nun als rote Zone, zehn weitere werden als gelbe Zone kategorisiert. Die „roten“ Landkreise mit dem höchsten Infektionsanstieg liegen in den Wojewodschaften Oberschlesien und Łódź sowie im



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek und
Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Gefördert durch das Ministerium
der Finanzen und für Europa
des Landes Brandenburg

Südosten des Landes. Zu den Eindämmungsmaßnahmen gehören die Maskenpflicht im öffentlichen Raum auch außerhalb von Gebäuden und Verkehrsmitteln, eine gestaffelte Verringerung von Plätzen in öffentlichen Verkehrsmitteln und Restaurants sowie die Schließung von Kinos, Theatern und Fitnesscentern. Auch außerhalb dieser Landkreise muss die Bevölkerung punktuell mit neuen Einschränkungen rechnen, so sind zwei Dörfer in der Wojewodschaft Westpommern unter Quarantäne gestellt. Als Ursache für die neuen Corona-Fälle werden hauptsächlich größere Veranstaltungen, Familienfeiern und der Besuch von Gottesdiensten vermutet. Weitere Ansteckungen traten in Fleischbetrieben und im Bergbau auf. In Słubice musste der Grenzmarkt nach mehreren Covid-Fällen geschlossen werden, die Händler wurden getestet. Auch in den Urlaubsgebieten, vor allem an der Ostsee kommt es immer wieder zu neuen Ansteckungen. Besonders an den heißen Augustwochenenden sind die Strände und Strandpromenaden überfüllt, wobei sich die meisten Besucher nicht an die Abstandsregeln und Hygienevorschriften wie das Maskentragen halten. Die Wasserwacht versucht vergeblich durch Ansagen an den Stränden die Menschen zum Einhalten der Schutzmaßnahmen zu bewegen. Gesundheitsminister Łukasz Szumowski hat in einem Interview angekündigt in den Ferienorten verstärkt Kontrollen durchführen zu lassen. Auch die katholische Kirche versucht, die Menschen zur Einhaltung der Corona-Regeln zu bewegen: Ein Sprecher des Bistums Breslau stufte das Nichttragen von Masken wegen der Gefährdung *des Nächsten* als Sünde ein.

Besonders in Oberschlesien stößt die Eindämmungsverordnung auf Widerstand. Die Einstufung einzelner Städte wie Ruda Śląska als rote Zone führe zu absurden Situationen: Buslinien, die durch den oberschlesischen Ballungsraum verkehren, dürfen – wenn sie die rote Zone durchfahren – nur 25 Prozent der Fahrgäste aufnehmen. Die Maßnahmen, wie die Schließung von Kinos werden als sinnlos empfunden, so genüge es, eine Viertelstunde in eine andere Stadt in Oberschlesien zu fahren, wo die Einrichtungen normal geöffnet haben. Nach Meinung einiger Stadtbewohner greifen die Maßnahmen nicht, da zwar Ansteckungen in den Bergwerken des Landkreises aufgetreten seien, viele der Bergarbeiter aber in anderen Städten der Region lebten.

Mit dem Schulbeginn nach den Ferien am 1. September soll nach derzeitigen Plänen wieder zum normalen Schulbetrieb zurückgekehrt werden. Die Schüler_innen werden dann in normalen Klassenstärken im Präsenzbetrieb unterrichtet werden, hybriden Unterricht mit Online- und Präsenzzeiten soll es nur in Ausnahmefällen geben. Das Bildungsministerium veröffentlichte hierzu Vorgaben, wie Hygienemaßnahmen und die Empfehlung, dass die Schüler_innen die Pausen an der frischen Luft verbringen sollen, was bisher nicht üblich war. Die Universitäten und Hochschulen werden individuell den Semesterbeginn planen. In den meisten Fällen wird es Online-Vorlesungen geben, Präsenzbetrieb ist vor allem bei praktischen Übungen, Labortests und ähnlichem vorgesehen, die eine Anwesenheit erfordern.

WPPL 09.08.2020, GAZETA WYBORCZA 08.08.2020, GAZETA WYBORCZA KATOWICE 07.08.2020, GŁOS SZCZECIŃSKI, RADIO SZCZECIN 05.08.2020, GAZETA WYBORCZA WROCŁAW, 05.08.2020, GAZETA WYBORCZA GORZÓW



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek und
Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Gefördert durch das Ministerium
der Finanzen und für Europa
des Landes Brandenburg

INFRASTRUKTUR UMWELTSCHUTZ

Odertiefung hat begonnen

Im Mai 2020 haben die Arbeiten zur Vertiefung der Seewasserstraße Stettin–Świnoujście begonnen. Für 1,4 Milliarden Złoty (ca. 320 Millionen Euro) wird der Schifffahrtsweg von der See bis zum Stettiner Hafengebiet auf 12,5 Meter vertieft. Dabei wird das Fahrwasser auf 30 Meter Breite erhöht und Ausweichstellen mit bis zu 100 Meter Breite eingerichtet. Mit dem gewonnenen Material aus der Ausbaggerung werden im Stettiner Haff zwei künstliche Inseln aufgeschüttet, wobei eine der Inseln als Vogelschutzgebiet ausgezeichnet werden soll. Außerdem wird an der Uferbefestigung und an der Betonung des Wasserweges gearbeitet. Die Arbeiten in diesem Abschnitt sollen bis 2022 abgeschlossen sein.

Die Vertiefung der Oderwasserstraße wird aus dem Landesprogramm zum Hochwasserschutz an Oder und Weichsel mit Mitteln der Weltbank finanziert. Die Vertiefung der Fahrwasserrinne, so die Erklärung, sei nötig, damit Eisbrecher im Winter den Strom von Eisschollen freihalten können, die sonst den Fluß aufstauen und über die Ufer treten lassen könnten.

In einem ausführlichen Interview mit der Gazeta Wyborcza Szczecin äußerten Aktivist_innen der NGO Ratujmy Rzeki (Rettet die Flüsse) den Vorwurf, dass der Hochwasserschutz nur vorgeschoben sei. Zunächst seien neue – größere – Eisbrecher für die Oder gebaut worden und nun müsse der Fluss für den Einsatz dieser Eisbrecher vertieft und reguliert werden. Die NGO hat sich in einem offenen Brief an die Regierung gewandt, die Arbeiten zur Flussregulierung aufzugeben und die Verträge mit der Weltbank neu zu verhandeln. Sie befürchtet unter anderem die Zerstörung der natürlichen Polderlandschaft der Oder und eine Erhöhung der Hochwassergefahr, sollte die Fahrinne flussaufwärts weiter ausgebaut werden. Außerdem sei die Schiffbarmachung der Oder ökonomisch nicht sinnvoll und belaste die Steuerzahler_innen.

Die weitere Regulierung des Oderstroms stromaufwärts wird seit Jahren angestrebt, das Vorhaben ist aber auch zwischen Deutschland und Polen umstritten. Das 2015 wieder neu geschaffene polnische Ministerium für Seewirtschaft und Binnenschifffahrt hatte zunächst angekündigt, die Oder als Binnenschifffahrtsweg der Klasse IV (für Schiffe bis 2,80 m Tiefgang) zu ertüchtigen, reduzierte dann aber das Ziel auf Klasse III (bis 2 Meter Tiefgang). Für beide Fälle führe die Oder jedoch zu wenig Wasser, so ein Kommentator der Gazeta Wyborcza Szczecin. Inzwischen ist bekannt geworden, dass das Ministerium für Seewirtschaft und Binnenschifffahrt im Zuge der Umstrukturierung der Regierung wieder aufgelöst und das Ressort einem anderen Ministerium zugeteilt wird. Die einst angekündigten Bemühungen um die weitere Schiffbarmachung des Oderstroms werden wohl erst einmal ruhen, so die Vermutung der Zeitung.



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek und
Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Gefördert durch das Ministerium
der Finanzen und für Europa
des Landes Brandenburg

GAZETA WYBORCZA SZCZECIN 06.08.2020, GAZETA WYBORCZA 20.07.2020, GŁOS SZCZECIŃSKI 12.05.2020, NGO RATUJMY RZĘKĘ RATUJMYRZĘKĘ.PL

GESELLSCHAFT

Erzbischof von Breslau mit Stasivergangenheit

Der 1923 in Wilna geborene Kardinal Henryk Gulbinowicz war von 1975 bis 2004 katholischer Erzbischof von Breslau und gehört seit 1985 dem Kardinalskollegium an. In der Zeit der Solidarność nahm er als Breslauer Bischof eine aktive Rolle in der Opposition ein. Beispielsweise unterstützte er die Solidarność, indem er Gelder unter dem Dach der Kirche aufbewahren ließ und sie so dem Zugriff des Staates entzog. In den 1980er Jahren galt er als unabhängiger Geistlicher, der jegliche Einflussnahme des kommunistischen Staatsapparates erfolgreich abwehrte. Für sein Engagement erhielt er zahlreiche Auszeichnungen – unter anderem die Ehrenbürgerschaft der Stadt Breslau und die höchste staatliche Auszeichnung: den Orden des Weißen Adlers.

Jetzt hat das Institut für Nationales Gedenken (IPN) – die polnische Entsprechung der Stasiunterlagenbehörde – Informationen veröffentlicht, nach denen Gulbinowicz regelmäßige, zum Teil inoffizielle Kontakte mit dem Staatssicherheitsdienst gehabt haben soll. Die Staatssicherheit interessierte sich bereits für die Zusammenarbeit mit Gulbinowicz als er noch Student war. Vermutet wird, dass er wegen seiner angenommenen Homosexualität erpressbar gewesen sei und sich daher zur Zusammenarbeit nötigen ließ. Von 1969 bis 1985 nahm er an zahlreichen Treffen mit ranghohen Beamten des Innenministeriums teil, u.a. aus der Abteilung „Analyse und Information“, zu der der Staatssicherheitsdienst gehörte. Bei den Gesprächen soll es nicht nur um einen harmlosen Informationsaustausch zu Priesterseminaren oder um Bauvorhaben in Gemeinden gegangen sein, Gulbinowicz soll den staatlichen Behörden auch nützliche Informationen aus dem Inneren der Kirchenhierarchie für den Kampf gegen die Kirche geliefert haben, beispielsweise Einschätzungen über andere Bischöfe.

Nach Ansicht der Rzeczpospolita könnten die Fakten, die nun zu Tage gefördert werden, eine Lawine von neuen Vorwurfsfällen hervorrufen. Die Kirche habe es – so die konservative Zeitung – vor Jahren versäumt, eine gründliche Überprüfung der Vergangenheit durchführen zu lassen. Dies gelte auch für die Kindesmissbrauchsvorwürfe unter Geistlichen. Dem inzwischen emeritierten Bischof wurde auch vorgeworfen, zu seiner Amtszeit gegen Missbrauch durch Priester seines Bistums nicht vorgegangen zu sein oder diese gedeckt zu haben. Selbst bei unstrittigen Fällen wurden Geistliche höchstens in eine andere Gemeinde versetzt.

Im letzten Jahr wurden Vorwürfe gegen Gulbinowicz selbst erhoben, vor 30 Jahren einen damals 16-jährigen sexuell missbraucht zu haben. Die Staatsanwaltschaft leitete allerdings aufgrund der bereits überschrittenen Verjährungsfrist keine Ermittlungen ein – daher kann nun nur der Vatikan



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek und
Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Gefördert durch das Ministerium
der Finanzen und für Europa
des Landes Brandenburg

tätig werden. Mit Berufung auf laufende Untersuchungen des Heiligen Stuhls lehnte die Breslauer Kurie jede Stellungnahme zu den Vorwürfen ab, der Pressesprecher erinnerte allerdings daran, dass Kardinal Henryk Gulbinowicz 2007 vom Institut für Nationales Gedenken den Status eines Geschädigten der kommunistischen Diktatur zugesprochen wurde. Zu diesem Zeitpunkt hätten bereits Dokumente vorgelegen, aus denen hervorginge, dass die Staatssicherheit (vergeblich) versucht habe, Gulbinowicz für sich zu gewinnen. Die Historiker seien sich wohl in ihrer Beurteilung noch uneins.

POLITYKA, 04.08.2020, GAZETA WYBORCZA WROCŁAW, 29.07., 08.08.2020, RZECZPOSPOLITA 27.07.2020, ONET.PL 17.09.2019

TOURISTIK LANDSCHAFTSBAU

Gemeinde kann dendrologischen Garten nicht halten

Die Gemeinde Przelewice in Westpommern kann auf Dauer die Unterhaltung ihres dendrologischen Gartens nicht finanzieren. Aus diesem Grund sind zwischen der Gemeinde und den Wojewodschaftsbehörden Gespräche im Gange, die eine Übergabe des Arboretum zum Ziel haben. Der Landschaftspark, 1923 von Conrad von Borsig im Schlossgarten vom Gut Prillwitz angelegt, ist seit 1993 in Gemeindebesitz. Er ist zwar sowohl von überregionaler touristischer als auch von wissenschaftlicher Bedeutung, aber wirtschaftlich ein Zuschussbetrieb. Für die Gemeinde stellt sich die Alternative: eine Übertragung des dendrologischen Garten an das Landwirtschaftsministerium oder ein Weiterbetrieb unter der Wojewodschaft Westpommern als Eigentümerin. Zum Landschaftsgarten gehört seit 2006 ein Schulungszentrum mit Übernachtungsplätzen im restaurierten Gutsschloss.

GAZETA WYBORCZA SZCZECIN, 01.08.2020

GESCHICHTE

Quistorp-Grab entdeckt

Historiker der Initiative „Denkmal Pommern“ haben in Stettin auf einem ehemaligen Friedhofsgelände die Grabplatten von Minna Quistorp, geb. Theune gefunden. Die Ehefrau von Johannes Quistorp und Mutter von Martin Quistorp gehört zur bekannten Philantropen-Familie, weshalb der Fund als bedeutend für die Stadtgeschichte eingeschätzt wird. Minna soll die Unternehmerfamilie, die 1846 von Rostock nach Stettin zog, zu wohlütigem Engagement angehalten haben. Die Grabsteine von Minna Quistorp, die bei Aufräumarbeiten auf dem heutigen Parkgelände gefunden wurden, sind gut erhalten. Die Initiative überlegt – in Absprache mit der Denkmalschutzbehörde – auf dem ehemaligen Bethaniengelände weitere Untersuchungen



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek und
Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Gefördert durch das Ministerium
der Finanzen und für Europa
des Landes Brandenburg

durchzuführen. Im Jubiläumsjahr 2022, 200 Jahre nach der Geburt von Johannes Quistorp, möchte die Initiative dem Wohltäter der Stadt Stettin angemessen gedenken.

GAZETA WYBORCZA SZCZECIN 29.07.2020

TOURISMUS TIPP

Immer mehr Fahrrad-Touristen in Westpommern

Der sanfte Tourismus legt in Westpommern zahlenmäßig zu. So wurden in diesem Jahr auf der Radroute zwischen Gryfino und Banie im Frühjahr bereits 5.900 Radtouristen gezählt, im vergangenen Jahr waren es 2.600. Besonders beliebt ist die Strecke, da sie abseits der Straßen auf den Trassen der stillgelegten Greifenhagener Kreisbahn verläuft. Außerdem führt sie durch landschaftlich attraktive Gegenden mit Seen und Hügeln, durch das

Weinbaugebiet von Grzegorz Turnau und an Schlösser und Burgen wie dem Johanniterschloss in Swobnica vorbei. Die Wojewodschaft wird weiter in den Ausbau der Radrouten investieren, geplant ist ein 2000-Kilometernetz, das Konzept der Blue Velo Route entstand 2015 und wird seitdem schrittweise realisiert und erweitert.

RZECZPOSPOLITA 04.08.2020



Radroute nach Stare Czarnewo. CC BY-SA A.Fiedler

INFRASTRUKTUR

Verwirrung über den Ausbau der Bahnverbindung Berlin-Stettin

480 Millionen Euro stellen der Bund sowie Berlin und Brandenburg für den seit Jahren geplanten Ausbau der Bahnstrecke Berlin-Stettin zur Verfügung. Damit wird sich die Fahrtzeit um 20 Minuten auf 90 Minuten verkürzen. Bereits 2021 sollen die Bauarbeiten auf der Strecke zwischen



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek und Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Gefördert durch das Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg

Angermünde und Passow beginnen, wo die Gleise für eine höhere Geschwindigkeit modernisiert werden. 2024 soll dann der Abschnitt von Passow in der Uckermark bis zur polnischen Grenze ausgebaut werden. Hier soll ein zweites Gleis entstehen und die gesamte Strecke elektrifiziert werden. Geplant ist auch die Modernisierung einiger Bahnhöfe. Die schnellere und umweltfreundlichere Fahrt von Berlin nach Stettin soll dann ab Ende 2026 möglich sein.

Die lang ersehnte Entscheidung über die Finanzierung des Ausbaus wurde auch auf der polnischen Seite der Grenze begrüßt. Doch kurz danach stellte sich heraus, dass die polnische Bahngesellschaft PKP PLK, die für die Bahninfrastruktur zuständig ist, noch keine Entscheidung über den Bau des zweiten Gleises von der Station Szczecin Gumieńce bis zur Staatsgrenze getroffen hat. Es handelt sich um einen 7,5 Kilometer langen Abschnitt, auf dem zurzeit nur ein Gleis existiert. PKP PLK plant zwar eine Modernisierung der Strecke, doch der Bau des zusätzlichen Gleises zieht sie zunächst nur als eine Variante in Erwägung. Das könnte dazu führen, dass die Bahnstrecke nicht durch schnelle Züge befahrbar wäre.

Auf die Bahngesellschaft PKP PLK wächst nun der Druck von polnischer und deutscher Seite. Frank Gotzmann, Amtsdirektor von Garz, der die grenznahen Gemeinden in Sachen der schnellen Bahnverbindung Berlin-Stettin vertritt, ist der Meinung, dass das fehlende Gleis die Bemühungen zunichtemachen könnte. Der von der Stettiner Tageszeitung „Głos Szczeciński“ zitierte Pressesprecher von PKP PLK, Mirosław Siemienieć, erklärte dagegen, dass die deutsche Seite bisher keine offiziellen Informationen über die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Modernisierung der Bahnstrecke sowie den Bau eines zweiten Gleises vorgelegt habe.

„Bis 2018 kündigte DB Netz nur den Bau eines Gleises auf der deutschen Seite an und später gab es keine Entscheidung bezüglich der fehlenden Finanzierung“, so Siemienieć. Im Auftrag von PKP PLK wird bereits eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, die 2021 fertiggestellt sein soll. Die Analysen umfassen die Anpassung des Streckenabschnitts Szczecin Główny - Szczecin Gumieńce - Staatsgrenze (Tantow) an die Geschwindigkeit von 160 km/h für Personenzüge und 120 km/h für Güterzüge sowie die Elektrifizierung der Bahnstrecke mit Ausbau des zweiten Gleises.

GS24.PL 19.07.2020, KURIER SZCZECIŃSKI 12.07.2020

KOMMENTAR VON BOGDAN TWARDOCHLEB, PUBLIZIST DER STETTINER TAGESZEITUNG "KURIER SZCZECIŃSKI"

Die Modernisierung der 140-Kilometer langen Bahnstrecke Berlin-Stettin zieht sich in die Länge. Es gab bereits viele Erklärungen und Vereinbarungen zu diesem Thema, sogar auf höchster politischer und bahntechnischer Ebene, sowohl auf deutscher als auch polnischer Seite. Man könnte eine Groteske darüber verfassen, wie beide Seiten es geschafft haben, die gemeinsamen Vereinbarungen nicht umzusetzen. Zwar wurden der zweigleisige Abschnitt Berlin-Angermünde und auf polnischer Seite der



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek und Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Gefördert durch das Ministerium der Finanzen und für Europa des Landes Brandenburg



Presseschau
Ausgabe August 2020

eingleisige Abschnitt von Stettin bis zur Grenze (das zweite Gleis wurde nach 1945 demontiert) modernisiert, doch die Reisezeit hat sich dadurch nicht wesentlich verkürzt, auch gibt es nur wenige Verbindungen.

2012 einigten sich die Außenminister Deutschlands und Polens darauf, dass die gesamte Strecke bis 2020 modernisiert wird. Die Frist ist abgelaufen, und die Abschnitte von Angermünde bis zur Grenze und von der Grenze bis Stettin sind immer noch nicht fertig. Die DB kündigte kürzlich an, dass sie die Modernisierung ihres Abschnitts bis 2026 abschließen wird, wofür 0,5 Milliarde Euro zur Verfügung stehen. Über den 7,5 Kilometer langen Abschnitt von der Grenze bis Stettin ist jedoch noch wenig bekannt. Bleibt die eine Spur, lassen sich die Verbindungen nicht optimieren.

Der Sprecher des Verwalters vom polnischen Abschnitt stellte hinsichtlich der Modernisierung fest, dass im vierten Quartal 2021 eine Machbarkeitsstudie dazu vorgelegt werden sollte. Er fügte hinzu, dass die Option „mit dem Bau einer zweiten Spur“ in Erwägung gezogen werde. Zudem erinnerte er daran, dass auch das Problem der unterschiedlichen Traktionsnetze beider Länder gelöst werden müsse, was den Experten hinreichend bekannt sei. Es scheint jedoch, dass der Sprecher mit seinen Antworten konkrete Aussagen zu vermeiden sucht. Man kann daraus schließen, dass die Lösung des Problems politische Entscheidungen erfordert.

Immer mehr Menschen reisen zwischen Berlin und Stettin. Eine schnelle Verbindung würde ihnen Zeit, Kraft und Geld sparen. Es könnten dadurch auch mehr Güter transportiert werden, auch auf transeuropäischen Strecken. Diese Verbindung ist einfach notwendig.

Warum gibt es also noch keine Gewissheit über die Modernisierung des kurzen polnischen Abschnitts? Man muss heutzutage die Politiker in Warschau danach fragen.

WIRTSCHAFT

Polnische Wirtschaft erholt sich nach dem Lockdown

Nach dem fast dreimonatigen Lockdown erholt sich die polnische Wirtschaft schneller als von Ökonomen angenommen. Bereits im Juni war die Produktion um 0,5 Prozent höher als vor einem Jahr. Selbst die größten Optimisten rechneten nicht mit einem so starken Aufschwung. Schlimmste Werte notierten Unternehmen im April, als die Industrieproduktion im Jahresvergleich um fast 25 Prozent eingebrochen war, so stark wie seit mindestens 20 Jahren nicht mehr. Grund dafür war die Reduzierung der Produktion und die vorübergehende Schließung vielen Unternehmen im Kampf gegen COVID-19. Am meisten zum Wachstum der Produktion beigetragen hat die Automobilindustrie, am stärksten gestiegen ist die Produktion von Konsumgütern.



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek und
Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Gefördert durch das Ministerium
der Finanzen und für Europa
des Landes Brandenburg



Presseschau
Ausgabe August 2020

Trotz guter Aussichten warnen viele Experten allerdings vor langfristigen Spuren, die die Pandemiezeit in der Wirtschaft hinterlässt. Die Ökonomen der Polnischen Nationalbank schätzen, dass das Wachstumspotenzial der polnischen Wirtschaft nach der Krise geringer als zuvor sein wird. Im Durchschnitt erwarten Ökonomen jetzt einen Rückgang des BIP um 3,6 Prozent in diesem Jahr und einen Anstieg um 3,7 Prozent im Jahr 2021. Als Folge der Pandemie soll auch die Arbeitslosigkeit steigen. Zum Jahresende werden etwa 8 Prozent Arbeitslose erwartet. Derzeit sind es 6,2 Prozent.

Um die Wirtschaft anzukurbeln, bieten neben der Regierung auch Regionen lokalen Firmen eine Unterstützung an. In Westpommern bekommen ab August die am stärksten von der Pandemie betroffenen Kleinunternehmen einen nicht rückzahlbaren Zuschuss. Sie müssen jedoch nachweisen, dass die Summe der Einnahmen aus den drei aufeinanderfolgenden Monaten ab März im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2019 um mindestens 50 Prozent zurückgegangen ist. Ähnliche Programme gibt es in ganz Polen.

RZECZPOSPOLITA 03.08. 2020, RZECZPOSPOLITA 31.07.2020

INFRASTRUKTUR

Breslau richtet sich auf den Empfang der amerikanischen Soldaten ein

In Breslau entsteht ein Stützpunkt der amerikanischen Armee. Dies ist das Ergebnis der Vereinbarung, die US-Präsident Donald Trump und sein polnischer Amtskollege Andrzej Duda im vorigen Jahr unterschrieben haben. Zurzeit sind in Polen etwa 4.500 amerikanische Soldaten stationiert, in naher Zukunft soll sich die Zahl um 1.000 erhöhen. Aus diesem Grund wird in Breslau ein Teil des Flughafens Wrocław-Starachowice zur Be- und Entladestation der US-Luftwaffe umgebaut.

In der Vereinbarung verpflichtete sich Polen, die Infrastruktur für die amerikanische Armee sicherzustellen. Die Arbeiten umfassen unter anderem die Renovierung mehrerer Gebäude sowie den Bau neuer Wege und der Beleuchtung. Es werden auch 12 Feuerwachen für die Bodenverteidigung entstehen. Die dortige Kaserne wird bis zu 200 Soldaten beherbergen können.

Die Kosten für die Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten werden von den USA getragen. Die erste Ausschreibung für die Arbeiten hat bereits begonnen. Der Umbau des Geländes soll noch in diesem Jahr starten.

GAZETA WYBORCZA WROCŁAW 14.07.2020



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek und
Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Gefördert durch das Ministerium
der Finanzen und für Europa
des Landes Brandenburg

GESCHICHTE

Stettin will der von den Nationalsozialisten ermordeten Juden gedenken

Ein Denkmal oder eine Art Kunstinstallation – die Stadt Stettin möchte so der während des Krieges von den Nazis deportierten und ermordeten jüdischen Einwohner gedenken. Auf welche Weise das genau geschehen wird, soll ein Ideenwettbewerb entscheiden, den die Verwaltung vor kurzem ankündigte. Die endgültige Form des Gedenkens wird mit Zustimmung der lokalen jüdischen Gemeinde stattfinden.

Die Stadtverwaltung lehnt gleichzeitig ab, die so genannten Stolpersteine auf den Straßen Stettins verlegen zu lassen. Anfang des Jahres erteilte die Verwaltung einer ehemaligen deutschen Einwohnerin der Stadt eine Absage, die auf solche Weise ihrem im Holocaust ermordeten Vater gedenken wollte. Entscheidend war dabei eine Stellungnahme des Instituts für Nationales Gedenken (IPN), das argumentierte, die Stolpersteine informieren nicht eindeutig darüber, wer für die Deportation und Ermordung der Juden verantwortlich war. Laut IPN könnte dadurch der falsche Eindruck entstehen, nämlich, dass Polen hinter diesen Taten stünden.

Als möglichen Erinnerungsort wird die Dworcowa-Straße (zu deutschen Zeiten „Grüne Schanze“) genannt, wo einst die Stettiner Synagoge stand. Sie wurde während der Novemberpogrome 1938 zerstört. Der Ort, auf dem die Synagoge sich befand, ist nun allerdings dicht bebaut. Seit 1999 erinnert hier eine Gedenktafel an die „Kristallnacht“.

Das aktuelle Jahr bietet einen besonderen Anlass zum Gedenken an die ehemaligen deutschen jüdischen Einwohner Stettins. Genau vor 80 Jahren, im Februar 1940, wurden mehr als 1.200 Jüdinnen und Juden aus Pommern deportiert, davon etwa 850 aus Stettin. Die Deportation stellte den Auftakt für die systematische Verschleppung und Ermordung der deutschen Juden dar. Von den aus Pommern Deportierten überlebten gerade einmal 19 den Holocaust.

Die Erinnerung an die deutschen jüdischen Einwohner Stettins beschäftigt in den letzten Jahren zunehmend die Öffentlichkeit. So ist geplant, fast 200 ausgegrabene alte jüdische Grabsteine aus dem ehemaligen Friedhof in einer gemeinsamen Gedenktafel im Stettiner Bezirk Dąbie (früher Altdamm) zu installieren. Die Stadt wollte das Projekt finanziell unterstützen, es fanden sich aber genug private Sponsoren, die bereit waren, das Projekt zu finanzieren.

GAZETA WYBORCZA SZCZECIN 23.07.2020, GAZETA WYBORCZA SZCZECIN 29.07.2020



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek und
Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Gefördert durch das Ministerium
der Finanzen und für Europa
des Landes Brandenburg

10

Presseschau
Ausgabe August 2020

KOMMENTAR VON ANDRZEJ KOTULA, PUBLIZIST, AUTOR EINES IN ARBEIT BEFINDLICHEN BUCHES ÜBER STETTINER JUDEN IN DER VORKRIEGSZEIT

Stettin sollte der deutschen jüdischen Einwohner der Stadt gedenken, obwohl ich denke, dass wir es hier eher mit Ignoranz als mit mangelnder Erinnerung zu tun haben. Denn es ist schwierig, eine Erinnerung an Menschen aufzubauen, über die man nichts weiß. Und die Geschichte der im Vorkriegs-Stettin lebenden deutschen Juden ist in der Stadt völlig unbekannt.

Krzysztof Soska, Vizepräsident von Stettin, erwähnte in einem Interview die pädagogische Dimension der Denkmäler. Meiner Meinung nach bilden Monumente nicht, sie haben nur eine symbolische Dimension. Deshalb sollten neben der visuellen Form des Gedenkens an die Stettiner Juden Bildungsaktivitäten organisiert werden. Es gibt mehrere Bücher über das Leben der deutschen jüdischen Gemeinde in Stettin, die als ein erster Schritt ins Polnische übersetzt werden sollten.

Ich bin auch anderer Meinung als die Stadtverwaltung und das Institut für Nationales Gedenken im Hinblick auf die Verlegung der so genannten Stolpersteine auf den Straßen des heutigen Stettins. Hinter einem jeden dieser Gedenksteine stehen digitale und gedruckte Publikationen über die Menschen, an denen sie erinnern wollen. Ein Stolperstein erzählt mehr über Menschen und die Realität, in der sie lebten, als jedes Denkmal. Deshalb glaube ich, dass die Förderung des Wissens genauso wichtig ist wie symbolische Handlungen.

STÄDTEENTWICKLUNG

Breslau und Warschau zu Smart Cities gekürt

Zwei polnische Städte, Breslau und Warschau, wurden unter die ersten hundert intelligentesten Städte der Welt aufgenommen. Der jüngste „Cities in Motion Index“ wurde von der IESE Business School aus Barcelona erstellt. Der Bericht stellt Städte vor, die das „Smart City“-Konzept umsetzen. Dabei werden besonders das Innovationsniveau, die nachhaltige Entwicklung und die Lebensqualität der Einwohner berücksichtigt. Die Hauptstadt Niederschlesiens ist im Laufe des letzten Jahres um sieben Plätze gestiegen und befindet sich nun auf dem 88. Platz. Höher wurde unter den polnischen Städten nur Warschau platziert, das den 54. Platz belegt. Breslau wurde in den Kategorien Verkehr und Mobilität (27. Platz weltweit) sowie Raumplanung und soziale Bindungen am besten bewertet.

Die niederschlesische Hauptstadt gründete vor einiger Zeit ein Smart City-Büro für die Umsetzung des Konzeptes der intelligenten Stadt. Die von dieser Einrichtung geführten Projekte sollen die Lebensqualität der Bewohner zu verbessern helfen. Dazu gehören unter anderem: Telemedizin, kardiologische und diabetische Telebetreuung, intelligente Beleuchtung der Straßen, soziale Betreuung von Senioren sowie Defibrillatoren im städtischen Raum. In der



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek und
Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Gefördert durch das Ministerium
der Finanzen und für Europa
des Landes Brandenburg

Rangliste schnitt Breslau besser ab als Metropolen wie Dubai, Florenz, Buenos Aires, Liverpool oder Athen.

In diesem Jahr wurden 174 Städte aus 80 Ländern bewertet. Die ersten drei Plätze belegen London, New York und Paris. Unter den ersten zehn befinden sich zudem Tokio, Reykjavik, Kopenhagen, Berlin, Amsterdam, Singapur und Hongkong.

GAZETA WYBORCZA WROCŁAW 25.07.2020

UMWELTSCHUTZ

Polen führt Plastiksteuer ein

Ab Januar 2021 werden in Plastik verpackte Produkte teurer. Das entsprechende Gesetz liegt vor und gilt als Antwort auf die EU-Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle. Laut dem neuen Gesetz sollen Hersteller von in Plastik verpackten Produkten das Abfallsammeln und die Bewirtschaftung von Verpackungsabfällen auf einem deutlich höheren Niveau als bisher finanzieren. Die Produzenten sollen 80 Cent für jedes Kilogramm Kunststoffverpackung zahlen, das nicht recycelt wird. Wie viel mehr am Ende die Konsumenten von in Plastik verpackten Produkten bezahlen, ist zurzeit unklar. Das Recyceln von Plastik stellt in Polen immer noch ein Problem dar. Anders als in Deutschland, gibt es kein Pfandgeld für Plastikflaschen. Recycelt werden etwa 40 Prozent Verpackungen aus Plastik. Die Mehrheit der Kunststoffabfälle wird in Verbrennungsanlagen verbrannt oder auf Mülldeponien gelagert.

Bevor die neue Steuer kommt, versuchen Städte und Gemeinden auf eigene Faust, der Umwelt zu helfen. So führte zum Beispiel die niederschlesische Stadt Wałbrzych als erste in Polen ein vollständiges Verbot der Verwendung von Einweg-Plastikverpackungen, -Geschirr und -Besteck in kommunalen Einrichtungen ein. Dieser Entscheidung folgte die Hauptstadt Niederschlesiens, Breslau, die zusätzlich auf Werbeartikel aus Plastik verzichtet. Im Kampf gegen die „Plastikflut“ beteiligen sich auch polnische Wissenschaftler_innen. An der Westpommerschen Universität für Technologie in Stettin wird intensiv an der Entwicklung eines pflanzlichen Biopolymers aus Mais gearbeitet, das Kunststoff ersetzen könnte. Das Material würde sich in etwa einem Jahr zersetzen.

TERAZ ŚRODOWISKO 22.07.2020, WIRTUALNA POLSKA 26.01.2020, GAZETA WYBORCZA 27.07.2020



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek und
Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Gefördert durch das Ministerium
der Finanzen und für Europa
des Landes Brandenburg

TOURISMUS

Tourismusbranche leidet unter Corona-Krise

Volle Strände, Schlangen auf Wanderwegen im Gebirge, Staus an der Einfahrt zu beliebten Zielen – viele denken, dass die polnische Tourismusbranche gut durch die Corona-Krise kommt. Doch der Eindruck täuscht scheinbar. Wie die Tageszeitung „Rzeczpospolita“ auf Berufung der Wirtschaftskammer des polnischen Hotelgewerbes mitteilte, haben 87 Prozent der Hotels Probleme mit ihrer finanziellen Liquidität. Zwei Dritteln von ihnen senkten die Preise, um Gäste anzuziehen. In vielen Fällen wurde auch Personal reduziert. Doch die Konkurrenz im Hotelgewerbe ist groß und das Interesse geringer als sonst, obwohl die meisten Polen ihren Urlaub in der Heimat verbringen.

Betreiber von Hotels und Gästehäusern beschwerten sich auch über höhere Kosten, die durch die häufige Desinfizierung der Zimmer entstehen. Viele Touristen meiden darüber hinaus große Einrichtungen in Befürchtung, dass das Risiko, sich mit dem Coronavirus anzustecken, höher sei als in kleineren Pensionen. Aus diesem Grund bleiben viele Hotels dicht oder sind nur zu geringem Teil ausgelastet.

An Popularität gewinnen dafür Ferienhäuser und Bauernhöfe, insbesondere weit entfernt von touristischen Kurorten. Die schlechte Situation der Hotelbranche soll nun der so genannte Tourismusgutschein verbessern, der von der polnischen Regierung eingeführt wurde. Er beträgt 500 Zloty (etwa 125 Euro) pro Kind und ist ab Anfang August umsetzbar. Mit dem Gutschein können nur Buchungen in Polen vorgenommen werden.

RZECZPOSPOLITA 20.07.2020



Herausgeberin: Deutsch-Polnische Gesellschaft
Brandenburg, Redaktion: Monika Stefanek und
Adrian Fiedler, Koordination: Martin Kujawa
E-Mail: martin.kujawa@dpg-brandenburg.de
Telefon: +49 171 944 3098



Gefördert durch das Ministerium
der Finanzen und für Europa
des Landes Brandenburg